

abo+ GRENZWACHE

## «Vor vollendete Tatsachen gestellt»: Das neue Zollgesetz ruft im Parlament Misstrauen hervor

Das Parlament soll das neue Zollgesetz schnell absegnen – doch diverse Kommissionen trauen der Sache nicht und wollen genauer hinschauen.

Henry Habegger

17.10.2022, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Grenzwächter bei einer Kontrolle. Künftig soll ein Computer diesen Job übernehmen.

Bild: Gian Ehrenzeller / Keystone

Die Kritik an Bundesrat Ueli Maurer (SVP, 71) und Christian Bock (54) war heftig. Im Mai stellte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats unter Matthias Michel (FDP, ZG) fest: Finanzminister und Zollchef hätten «der Zollgesetzrevision vorgegriffen» und «Entscheide getroffen, deren Zweckmässigkeit in politischer Hinsicht fragwürdig» seien.

Die neue Organisation des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) stelle «das Parlament vor vollendete Tatsachen». Sie «wäre problematisch, wenn das Parlament vom Gesetzesentwurf abweichen würde». Das Ausmass des Umbaus sei nicht aus der Botschaft zum Transformationsprojekt DaziT hervorgegangen, die dem Parlament 2017 vorgelegt wurde.

Jetzt ist es so weit: Das neue Zollgesetz, das Bock ausarbeiten liess und das ihm möglichst grossen Handlungsspielraum verschaffen sollte, kommt in die parlamentarische Beratung. Ab 24. Oktober befasst sich die Wirtschaftskommission WAK des Nationalrats damit; sie hört betroffene Wirtschaftskreise an.

#### AUCH INTERESSANT



**FC Aarau verliert auswärts gegen Vaduz mit 0:4**

abo+ 16.10.2022



## **Mathias Nüesch gewinnt den 48. Hallwilerseelauf**

15.10.2022

### **Bocks Gesetz wurde massiv überarbeitet**

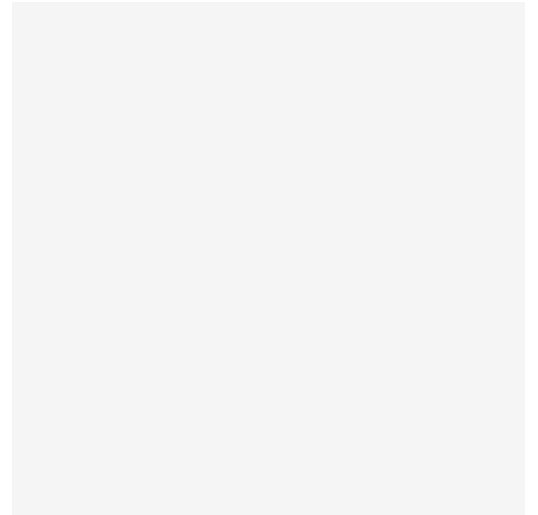
Zwar sieht das Gesetz nun völlig anders aus als Bocks Urversion: Statt 48 Seiten und 142 Artikel umfasst es nun 219 Artikel und 176 Seiten – inklusive Liste der anzupassenden Erlasse. Dies, nachdem sich vorab Bundesamt für Justiz (BJ) und Eidgenössischer Datenschutzler (Edöb) dafür einsetzten, den Erlass des Zollchefs zurechtzubiegen – formal und rechtlich.

Trotzdem: «Nicht einmal der Zollchef kann alle Folgen des Gesetzes abschätzen», sagt ein Beobachter. Denn dazu kommen etwa die Unwägbarkeiten von DaziT, das einst mit knapp 400 Millionen veranschlagt wurde, laut Finanzkontrolle aber bereits 465 Millionen verschlingt (Stand Mai 2021).

Jetzt soll das Parlament dieses Gesetz schnell durchberaten, weil sonst die längst laufenden Reformen blockiert sind; das Inkrafttreten war bislang per 1. Januar 2024 geplant. «Das Parlament wird unter Zeitdruck gesetzt, es ist überfordert», sagt ein Wirtschaftsvertreter.

## Finanzkommission will Zahlen sehen

Sarah Wyss (SP, BS), Präsidentin der Zollgewerkschaft Garanto, sagt: «Das Parlament wurde vor viele vollendete Tatsachen gestellt. Umso gründlicher muss es jetzt die Auswirkungen dieses Gesetzes klären. Wir dürfen uns nicht drängen lassen.» Es gebe viele offene Fragen, so auch bezüglich der finanziellen Auswirkungen:



Christian Bock ist Direktor des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit.

Bild: Keystone

**«In der über 400 Seiten dicken Botschaft wurde dieser Frage nur eine halbe Seite gewidmet.»**

Die Finanzkommission (FK) des Nationalrats, der Wyss angehört, verlangt von der WAK einen «Zusatzbericht über die Kosten und die finanziellen Auswirkungen» des Zollumbaus. Dieser dürfe nicht mehr kosten, als vom Bundesrat veranschlagt. Sie weist auf etwas hin, was CH Media bereits thematisierte: Der Zollumbau zieht auch hohe, in DaziT nicht enthaltene Immobilienkosten von etwa 700 Millionen nach sich. Sie werde sich «intensiv mit der Immobilienstrategie des BAZG befassen», droht die FK unter Roland Fischer (GLP, LU).

Auch die Sicherheitskommission SIK traut der Sache nicht. Sie hat eine Subkommission eingesetzt, um offene Fragen zur Sicherheit und zur Abgrenzung der Kompetenzen mit den Kantonen vertieft zu prüfen. Zollchef Bock, der ab Ende Jahr ohne Protektor Maurer wird auskommen müssen, buchstabierte nach der Vernehmlassung zwar etwas zurück. Seine

zentralen Anliegen aber rettete er: den Umbau des Zolls, bisher schwergewichtig eine Fiskalbehörde, in eine Sicherheitsbehörde. Eine Art Bundessicherheitspolizei, die grundsätzlich uniformiert und «bedarfsgerecht» bewaffnet auftritt.

### **Viele Unklarheiten und ein Hauch von China**

Aber weiterhin ist vieles unklar. Wie viele der über 4000 Zollmitarbeitenden wie bewaffnet werden, kann laut Botschaft nicht gesagt werden. «Bezüglich Uniformierung und Bewaffnung etwa sind die Formulierungen sehr offen, was einem Blankocheck für den Bundesrat gleichkommt, weil er diese Fragen auf Verordnungsstufe regeln kann», sagt Garanto-Chefin Wyss. Das schaffe weitere Unsicherheit für die Mitarbeitenden und müsse «nochmals genau überprüft werden.»

Ins Trockene gebracht hat Bock auch seine Vision des automatisierten Zolls, die in einiger Hinsicht an China erinnert: Eine riesige Datenkrake sammelt alles mögliche Material. Computer filtern dank Risikoanalyse und Profiling verdächtige Zollkundschaft und -vorgänge aus. Das BAZG-Personal kann sich, entlastet von administrativem Kram, «auf die operativen Kontrollaufgaben konzentrieren», wie es in der Botschaft heisst.

### **Datenschützer warnt vor Zugriff des NDB**

Einen «in datenschutzrechtlicher Hinsicht bedeutsamen Vorgang» nennt Adrian Lobsiger, der eidgenössische Datenschutzbeauftragte (Edöb), die Zusammenlegung «von zivilen und polizeilichen Einheiten des Zolls im BAZG». Zum einen steige der Kreis von Personen an, die sowohl zollrechtliche als auch polizeirechtliche Personendaten bearbeiten. Zum

anderen sei neben Fedpol und Nachrichtendienst des Bundes (NDB) «eine weitere Sicherheitsbehörde auf Stufe des Bundes geschaffen worden, so eine Edöb-Sprecherin.

Das neue Gesetz an sich sei zwar «hoch sensibel», aber nach erwirkten Korrekturen «datenschutzrechtlich vertretbar». Ein größeres Problem sieht der Datenschützer darin, dass diese «Sicherheitsbehörden ihre Daten über die

Adrian Lobsiger ist Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter.

Bild: Keystone

Bevölkerung zusammenlegen». Erfolglos wehrte sich der Edöb dagegen, dass der NDB Zugriff auf das neue Datensystem des BAZG erhält. Dieser Zugriff sei «unnötig und somit unverhältnismässig». Der Grosse Bruder im Vormarsch? Klar scheint: In den Augen des Edöb ist hier eine Entwicklung im Gang, die gefährliche Folgen haben kann.

## UMSTRITTENE REORGANISATION

### **Rüffel für Zolldirektion: Parlament will Bewaffnung des Personals stoppen**

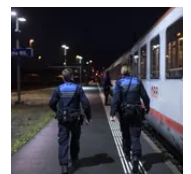
Peter Walthard und Ann-Kathrin Amstutz · 30.05.2022



## GERICHTSBARKEIT

### **Militärjustiz widerspricht Zoll: Zuständigkeit muss im Einzelfall geprüft werden**

Henry Habegger · 19.03.2022



---

Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.